

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Gewerkschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat (mit Haus 2 RM, halbm. 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel
Schiffverteilung: Dresden-L. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr.; Altona Dresden Nr. 17299 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)
Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreizehnpfennigen Zeitungsstellen 1,25 RM. Einzelgen-Annahmen tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-L. Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Mittwoch, den 7. Juli 1926

Nummer 155

Schluß mit dem Streifbruch! Die entscheidende Phase des englischen Kampfes

Berlin, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die „Rote Fahne“ bringt heute unter den Überschriften: „Mobilisiert die freien Gewerkschaften! Durchsetzung der Forderungen der freien Gewerkschaften! Gegen den Lohnabbau durch Zerstörung des freien Gewerkschaften zum anparlamentarischen Kampf gegen die Marx-Hindenburg-Diktatur. Schluß mit dem Streifbruch! Solidarität mit den englischen Bergarbeitern!“ folgenden Aufruf:

Die am 9. und 10. Juli in Düsseldorf stattfindende Bundesausschussung des ADGB erfordert die Stellungnahme der Arbeiterchaft in allen Betrieben und das sofortige Eingreifen. Die Arbeiterchaft muß überall die Mobilisierung der freien Gewerkschaften zum anparlamentarischen Kampf gegen die Marx-Hindenburg-Diktatur fordern. Die Arbeiter müssen verlangen, daß angesichts der ungeheuren Verschärfung der Erwerbslosennot, angesichts der Verschärfung der proletarischen Lebenshaltung durch Zerstörung der freien Gewerkschaften den Kampf gegen die Unternehmeroffensive und kapitalistische Nationalisierung aufnehmen. Mit besonderem Nachdruck müssen die Betriebsräte und Erwerbslosen millionenfach die Forderung erheben, daß endlich mit der Schmach des deutschen Streifbruchs gegenüber den englischen Bergarbeitern ein Ende gemacht wird. Der Bundesvorstand muß aufgefordert werden, die Ausfuhr deutscher Streifbruchlohle zu unterbinden. Die deutschen Arbeiter wollen nicht Streifbrucher sein, aber sie können heute nur dann erfolgreich und auf der ganzen Linie die nötigen Maßnahmen treffen, wenn sie mit der Waffe der freigewerkschaftlichen Organisation schlagen können. Dazu haben sie die freien Gewerkschaften geschaffen. Wenn der Bundesvorstand die nötigen Maßnahmen beschließt, werden sie durchgeführt werden. Der deutsche Streifbruch fällt voll und ganz auf die ADGB-Führer, die die Organisation bewußt lahmliegen und die Verbindung von Arbeiter zu Arbeiter zerstückten. Wollen die ADGB-Führer nun das Verbrechen auf die Spitze treiben? Die Arbeiterchaft muß und wird den Druck auf den Bundesausschuss verstärken, um die nötigen Maßnahmen des ADGB zur Unterbindung des deutschen Streifbruchs durchzusetzen.

In allen Resolutions zur Tagung des Bundesausschusses als Forderung der Delegationen aus den Betrieben muß außer der Aufforderung zur Ausnahme des politischen Kampfes gegen Marx-Hindenburg und zur Teilnahme am Kongress der Werttätigen die Forderung wiederkehren:

- Macht Schluß mit dem deutschen Streifbruch!
- Unterbindet die Ausfuhr von Streifbruchlohle!

Eine Rede Coops

Der Hungerplan der Regierung.

In einer großen Rede in Cannon legte Coops die Situation dar, wie sie nach 8 Wochen Bergarbeiterstreik sich herausgebildet hat. Er führte u. a. aus: „Die nächste Woche wird die entscheidende unserer Kampfes sein. Innerhalb der nächsten 14 Tage wird der Kampf gewonnen oder verloren. Wenn die Bergarbeiter einig bleiben, dann wird die Regierung geschlagen. Innerhalb des Bestandes des Bergarbeiterverbandes gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Die Auffassung des Vorstandes ist vollkommen dieselbe wie die Meinung der Mitglieder. Es handelt sich in dem gegenwärtigen nicht nur um die Zukunft des Bergbaus, sondern auch um die Zukunft der englischen Bergarbeiterchaft. Die Bergarbeiter dürfen sich nicht über ihre Kräfte täuschen, die ihnen gegenüberstehen. Sie kämpfen nicht nur gegen die Zehendenbesitzer, sondern gegen das gesamte britische Bank- und Industriekapital und gegen die reaktionärste Regierung, die in England jemals an der Macht war. Die Unternehmer glauben, daß sie die Gewerkschaften Englands zerlegen können. Der Kampf dauert jetzt 8 Wochen. Es wäre Selbstmord, wenn ein Führer den Kampf auch nur eine Stunde länger fortsetzen würde, als es nötig ist. Aber es handelt sich hier um eine Streiffrage, bei der kein Nachgeben möglich ist. Seit 8 Wochen liegen die Bergarbeiter im Krieg mit der Regierung und den Zehendenbesitzern, und noch nie ist ein Krieg so heftig geführt worden wie dieser. Es handelt sich um den ganz bewußten Plan, die Kinder der Bergarbeiter auszuhungern. Die Bergarbeiter wissen, sie können liegen, wenn es gelingt, das Hungergepein von ihren Familien fernzuhalten. Nur wenn nicht genug Geld zu schaffen ist, um ihre Kinder zu nähren, können die Bergarbeiter geschlagen werden.“

Die Rede Coops ist ein bringender Mahnruf an die gesamte deutsche Arbeiterchaft und zeigt, wie notwendig die sofortige, aktive Solidarität mit dem heldenmütig kämpfenden Grubenproletariat Englands ist. Soll der Kampf des englischen Proletariats nicht verloren gehen, sollen nicht die Unternehmer und die reaktionäre Regierung in England triumphieren, dann müssen die deutschen Arbeiter sofort und mit allen Kräften diesen Kampf auf das Taktischste unterstützen. Mit der Ausfuhr deutscher Streifbruchlohle muß Schluß gemacht werden. Die Sammelaktion zur Abwehr des Hungergepeines der streikenden Bergleute muß in erhöhtem Maße fortgesetzt werden.

Sammelt, geht und helfe den englischen Brüdern!

Die Kampffront geschlossen

London, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Warwickshire haben die Zehendenbesitzer die Gruben wieder eröffnet. Man hoffte, daß zahlreiche Arbeitswillige erscheinen würden. Aber die Unternehmer wurden förmlich enttäuscht. Die Bergarbeiter blieben geschlossen im Streik. Im Unterhaus drohte der Minister Johnson-Hicks daß er alle Vollmachten des Ausnahmezustandes anwenden werde, falls jemand es wagt, arbeitswillige Bergarbeiter zu beschäftigen. Aber die Drohung ist zwecklos, wenn die „Arbeitswilligen“ nicht kommen.

Die Bourgeoisie weiß, was sie will

Die SPD-Führer wollen nicht, trotzdem sie wissen

Wir wünschen, jeder SPD-Arbeiter könnte einen Blick in die bürgerlichen Zeitungen der letzten Tage werfen und zugleich die eigene Tagespresse verfolgen. Er würde dann, vielleicht nicht ohne Überraschung, sehen, daß es nicht kommunistische Blätter, sondern reale Tatsachen sind, was wir in unserer Ueberschrift feststellen: Die Bourgeoisie weiß, was sie will, die SPD-Führer dagegen wollen nicht, trotzdem sie wissen.

Zunächst die Bourgeoisie. Was will sie?

Sie will, — geben wir lieber einem Kapitalisten das Wort. Georg Bernhard schreibt in der „Vossischen Zig.“ vom Sonntag:

„Alles Schöne, was über Nationalisierung gesagt und geschrieben wird, wird die deutsche Wirtschaft aus der erwanderten Schwierigkeit nicht hinausführen. Nicht einmal die sogenannte normale Arbeitslosigkeit wird sich vorläufig beseitigen lassen. Denn vermutlich wird erst im Herbst die Hauptkreditaktion der deutschen Industrie einsehen, wenn die inzwischen umgekehrten arbeitstüchtigen Werte die dann einsetzenden niedrigen Preise dazu benutzen, um ihre Arbeit durch den erzielten größeren Umsatz rentabel zu machen. Dazu wird es im Gedächtnis der kleinen Unternehmungen fehlen. Dann werden zunächst neue Arbeiter freigelegt. Und dann wird plötzlich die Regierung radikalisierten Arbeiterparteien gegenüberstehen, deren Wachen sie sehr unjant aus dem Schlaf rütteln wird.“

Das will die Bourgeoisie. Die ganze Bourgeoisie. Sie sieht schwere Zeiten kommen. Nicht nur, daß die „normale Arbeitslosigkeit“ bleiben wird, sie sieht bereits auf die „Freilegung“ neuer Arbeiter, auf die Verschärfung der Wirtschaftskrisis durch die Produktionsverbilligung der „inszwischen umgekehrten, arbeitstüchtigen Betriebe“, also auf neue Erwerbslosigkeit und neuen Lohnabbau. Krasser kann wohl die neue Krise kaum angekündigt werden.

Was will nun die Bourgeoisie?

Wir werden auch hier die Kapitalisten reden lassen. Für sie spricht alles Notwendige die deutsche nationale „Deutsche Tageszeitung“ aus. Die wirtschaftliche Entwicklung als bekannt voraussetzend, wendet sich das Blatt den politischen Forderungen zu. Worin bestehen sie? In der lapidaren Feststellung, daß es jetzt eine Front der Bourgeoisie geben müsse, weil anders die Forderungen des Kapitals nicht durchgeführt werden können, und zudem jeder sachliche Grund für ein getrenntes Vorgehen fehlt. Die deutschnationale Zeitung gibt die wichtigsten Fragen auf und beweist, daß die Einigung nicht nur möglich, sondern eigentlich bereits perfekt ist.

lassen wir die „Deutsche Tageszeitung“ über die einzelnen Fragen reden.

Die Außenpolitik. Hier habe der deutschnationale Abgeordnete Schlange-Schöningen bereits erwähnt, „den Streit um die Orientierung unserer Außenpolitik, die in dem Namen Locarno zusammengefaßt werden kann, zu begraben und sich lieber von Mann zu Mann zu verhandeln“. „Damit“ fährt das Blatt fort, „ist aber die Brücke nicht nur zur Deutschen Volkspartei, und speziell Herrn Stresemann, sondern zugleich auch zum Zentrum gegeben“. Sieht man vom Junismus ab, mit dem hier das ganze nationalistische Gelehrte über Locarno als ordnungsgemäß entlarvt wird, dann bleibt die unumkehrte Getrenntheit der Deutschnationalen übrig, die Außenpolitik Stresemanns ohne Widerrede mitzumachen.

Die Sozialpolitik. Vielleicht könnte diese, ruft das Blatt aus, „als ein Sammelstück für ein Zusammengehen mit den Rechten betrachtet werden?“ Mit nichts. „Denn Tatsache ist, daß die Sozialpolitik der letzten Jahre regelmäßig gemeinsam vom Zentrum und den Deutschnationalen, oft genug, ja ganz vornehmend, gegen die Sozialdemokratie gemacht worden ist.“ Zweifelhaft jemand daran? „Wir behalten uns“ droht bereits das deutschnationale Blatt, „nähere Nachweise dazu vor.“

„Auch in der allgemeinen inneren Politik bestehen keine Gegenstände“, fährt die „Deutsche Tageszeitung“ fort. Selbst die Frage: Republik oder Monarchie spiele keine Rolle mehr. In dieser Zeit kann es sich überhaupt nicht um die Staatsform handeln, sondern um den Staat selber. „Damit“, fährt die „Deutsche Tageszeitung“, „alle Grundlagen für eine Zusammenfassung aller staatsbürgerlichen Kräfte gegeben sind.“ Man sieht, die Bourgeoisie weiß, was sie will. Sie weiß, daß ein neuer großer Ausbruch auf die Lebenshaltung von Millionen Werttätigen bevorsteht, und sie will für die Sicherung dieses Ausbruches eine geschlossene diktatorische Front der Bourgeoisie auch als Regierungsform haben: sie will den Bürgerkrieg!

Das ist die Lage auf Seiten der Bourgeoisie. Gewiß gibt es auch „Gegen“tendenzen. Dem Zentrum und den Demokraten wäre ein verhängter Bürgerkrieg lieber, zumal die Massen beider Parteien zu rebellieren beginnen. Das zeigte der Verlauf einer Zentrumsstagung. Andererseits beweist gerade diese Tagung, daß sachlich das Zentrum durchaus auf dem Boden der Deutschnationalen steht. Die „Gegen“tendenz im Zentrum äußert sich nur darin, daß diese „republikanische“ Partei das deutschnationale Programm unter Umständen auch mit den Sozialdemokraten durchführen würde. Sonst ist die Uebereinstimmung der bürgerlichen Parteien in den wesentlichen Fragen köstlich.

Wie steht es demgegenüber bei der SPD?

Hier ist es schwerer, nach der vorhergehenden Methode zu verfahren. Der „Vorwärts“ zieht es vor, Fragen zu stellen, ohne sie zu beantworten, oder überhaupt zu Schweigen. Inmitten erklärte der ADGB-Vorretter Spieß, ein organisierter Sozialdemokrat natürlich, daß im Herbst die Zahl der Erwerbslosen außerordentlich ansteigen wird, „so daß im Winter über zwei Millionen Erwerbslose Unterhaltung beziehen müssen“. Auch die Ratiosnationalisierung, sagt Spieß, macht eine Menge von Arbeitskräften frei und trägt dazu bei, daß der Ueberfluß an Arbeitskräften zu einer Dauererleichterung wird.“ Diese Ausführungen decken sich vollständig mit den Feststellungen Bernhards. Und die SPD muß ebenfalls davon wissen, zumal der „Vorwärts“ die Rede Spiebs ausführlich wiedergegeben hat. Die SPD weiß

Deutsche Justizschande

Josephien freigesprochen - 11 Jahre Zuchthaus für Kommunisten

Breslau, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Heute nachmittags wurde das Urteil im Mordprozess Josephien verkündet. Er wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Die Gerichtshofen werden der Staatsanwaltschaft anvertraut. In der Urteilsbegründung, die der Vorsitzende gab, erklärte er, Josephien sei ein Mensch, dem man eine solche Tat wie der Anstiftung und des verübten Mordes durchaus zutrauen könne. Die Tat sei dem Angeklagten durchaus anzutreiben. Die Beweismittel sprächen in überwältigender Weise gegen ihn. Das Gericht sei der Ansicht, daß Josephien der wahrheitsgemäße Täter sei, doch könne das ihm nicht bewiesen werden, es fehle noch das Fälschen über dem i. Die Schuld des Angeklagten sei mit den Händen zu greifen, doch lauge es noch nicht zur Verurteilung. Das Gericht habe erzwungen, daß in dem Angeklagten starke unethische Triebe vorhanden seien und daß sein Verhalten sowohl vom menschlichen, als auch vom rechtlichen Standpunkt einen sittlichen Tadel land offenbare. Es stehe außer Zweifel, daß der Angeklagte nicht würdig sei, das Richteramt weiter zu begleiten.

Josephien, der während der Verhandlungen vor seiner Gemeinheit zurückschrie, um die beiden Frauen, mit denen er jahrelang in der intimsten Weise zusammenlebte, als Dienern und Geisteskranken hinzustellen, hat sich als ein vollkommen verkommen, brutaler und korrupter Mensch erweisen. Das Bild Jomners in diesem Prozess ist ein fürchterlicher Ansehungsunterlebens in diesem Prozess ist ein fürchterlicher Ansehungsunterlebens nicht über jene Sorte von Menschen, die in Deutschland berufen sind, als Richter Urteile zu fällen. Er ist nichts anderes als der Beweis für die schauliche Verkommenheit der deutschen Justiz, für die die gemeinsten Verbrecher gerade gut genug sind, um die Sentenzarbeit an der Arbeiterchaft durch mehr als Terrorsurteile zu verrichten. Josephien war während seiner Amtszeit als Amtsgerichtsrat wegen der fürchterlichen Härte seiner Urteile berüchtigt. Dieses Musterexemplar deutscher Justiz verhängte die härtesten Urteile gegen Proletarier. Jetzt muß ein anderer seiner Sippe feststellen, daß er selbst der schwersten, gemeinsten und niederträchtigsten Verbrecher selbst ist. Das Schicksal, das einen Jomner und einen Josephien in die höchsten Richterstellen aufdrückt, erklärt sich von Tag zu Tag immer mehr in seiner ganzen Verfaultheit. Der Freispruch Josephiens bedeutet einen fürchterlichen Faustschlag in das

Geficht der dreifachen Dessenlichkeit, die ihr Urteil über den Charakter und das Wesen der deutschen Justiz bereits gefällt hat.

Wie viele Klassenjuris urteilt, wenn es gilt, Proletariat ins Zuchthaus zu werfen, dafür hat das Reichsgericht in Leipzig erst gestern wieder einen neuen Beweis erbracht. Dafür folgende Meldung:

Zurichtbares Rauburteil

Leipzig, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Gestern verkündete Niedner das Urteil gegen die sogenannten Pahlhäuser. Herzoldt erhielt 4 Jahre Zuchthaus, die Genossen Breithaupt und Reibbaum je 2 Jahre und 9 Monate Gefängnis, Husemann 2 Jahre 3 Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird behauptet, daß die Pahlhäuserzentrale „im engsten Zusammenhang mit der Zentrale der kommunistischen Partei und mit der Reichstagsfraktion der KPD, sowie mit der „Roten Hilfe“ gearbeitet habe, obwohl alle zum Zwecke des Beweises dieser Behauptung gemachten Zeugnisaussagen nicht den Schatten des Beweises dazu erbringen konnten.“

Trotzdem die Verteidiger der Angeklagten, die Rechtsanwältin Coohn und Herzfeld, in überzeugender und zwingender Weise nachwies, daß von der ganzen Anlage in diesem Prozess, von der angeblichen Pahlhäuserzentrale, nichts anderes übrig geblieben ist, als die von den Angeklagten gegen bedrückte und verfolgte Arbeiter gelebte Klassenolidarität, trotzdem das ungeheure Urteil der Niednerjuris. Das Urteil bedeutet einen Schlag gegen die Arbeiterchaft. Der einseitige Aufmarsch der roten Front aller Werttätigen soll damit getroffen werden. Ein Schlag, mit dem man die KPD. treffen wollte. Solche Urteile kennzeichnen den Klassencharakter der reaktionären „Rechtsprechung“.

Grund- und Gewerbesteuer angenommen

Strafverfolgung gegen den Genossen Renner wieder in 3 Fällen genehmigt. — Blüchers Hygienemuseum als „Clou“ der internationalen Ausstellungen. — Der Steuerbruch. — Die jährliche Beamtenbesoldungsreform. — Die Grund- und Gewerbesteuer gegen Kommunisten und linke Sozialdemokraten angenommen. — Die Deutschnationalen führen die Koalition

Landtagssitzung vom 6. Juli 1926.

Am ersten Stelle der Tagesordnung stehen zur Beratung eine Anzahl Anträge auf Genehmigung zur Strafverfolgung.

Gegen den Genossen Renner liegen allein 5 Anträge auf Strafverfolgung und ein Antrag auf Vollstreckung einer Gefängnisstrafe von 8 Wochen vor.

Der Demokrat Dr. Weigel beantragt für den Rechtsauspruch in 4 Fällen die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen, die Strafvollstreckung aber abzulehnen.

Bei der Abstimmung über den ersten Antrag auf Strafverfolgung des Genossen Renner stimmen die „alten Sozialdemokraten“ dafür. Sie entschuldigen sich nachträglich, daß sie die Dinge übersehen hätten.

Der Landtagspräsident Winkler lehnt es trotz Aufforderung ab, sofort eine nochmalige Abstimmung vorzunehmen. Damit wird auch in diesem Falle die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt. Erst späterhin, als die Bürgerlichen alle ihre Stimmen herangezogen hatten, macht Winkler den Vorschlag, über diesen ersten Antrag noch einmal abzustimmen. Die Kommunisten widersprechen und die Abstimmung unterbleibt. In einem Falle wird durch eine Zufallsmehrheit die Strafverfolgung abgelehnt. Die Bürgerlichen sind darüber etwas beklüßigt, holen alle ihre Stimmkarten her und so werden die übrigen Anträge auf Strafverfolgung angenommen.

Von den „alten Sozialdemokraten“ fehlen die Minister Hecht und Max Müller, der Volksrechtpräsident Kühn, Schönbör und Schirch. Dadurch haben die Bürgerlichen eine Mehrheit für die Strafverfolgung.

Der Antrag auf Strafvollstreckung wird einstimmig abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage zur Einstellung von Mitteln für die Errichtung des Deutschen Hygienemuseums in Dresden.

In der Debatte erklärt Liebmann, daß die linke SPD grundsätzlich nicht Gegner des Museums sei, aber Bedenken gegen die Ausgabe habe, so lange man wichtige soziale Arbeiten aus „Geldmangel“ liegen läßt. Diese Erklärung geschieht nicht aus dem Munde der treffenden Ausschüsse des Genossen Liebmann in der letzten Sitzung, der die Ablehnung der Vorlage durch unsere Fraktion begründet hat. Lieberherrschenderweise erteilt nun auch Liebmann, daß seine Fraktion gegen die Vorlage stimmen werde.

Genosse Lieberherrschender erklärt, daß die grundsätzliche ablehnende Stellungnahme der Kommunisten bereits eingehend auseinandergesetzt ist. Er hebt aber hervor, daß bei der Errichtung des Museums in Dresden es sich um den Verkauf handelt, im Falle des Scheiterns des Volksentwerfes unter allen Umständen den sächsischen Bürgern die Sekundogenitur zu sichern und man hat deshalb nach einer Begründung für den Verkauf des Gebäudes für die Summe von 5 Millionen Mark gesucht und deshalb wurde ohne die Frage Stellungnahme des Reiches abgewartet, die Vorlage ausgearbeitet oder treffender gesagt, zusammengeschoben (Wohlfahrt: Sehr richtig! links).

Herr Abgeordneter Franz (USPS) erklärt seine Zustimmung zur Vorlage und begründet das mit der sozialen Definition des Museums als die Voraussetzung für die Volkshygiene. (Als nicht menschenwürdige Wohn-, Wohnungs- und Sicherung eines menschenwürdigen Existenz!)

Das Museum als Clou!

Herr Abgeordneter Blücher, der Oberbürgermeister Dresdens, legt sich nun sehr ausführlich für die Vorlage ein. Dabei erklärt er, daß das Dresdener Hygienemuseum der Clou aller internationalen Ausstellungen wäre. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten.)

Genosse Renner: Wir wenden uns gegen die Vorlage, weil wir Propagandaveranstaltungen ablehnen. Nicht auf das „schöne Museum“ kommt es an, sondern man muß Sie (zur Mehrheit) fragen, was Sie praktisch zur Hebung der Volkshygiene getan haben! Hätten Sie die 10 Millionen, die das Museum kostet, für die Kinderheime verwendet, für die Sie sogar die geforderten 250 000 Mark abgeben haben (Stürmische „Sehr gut!“ links), hätten Sie also Geld für soziale Zwecke verwendet, so hätte die kommunistische Fraktion sofort zugestimmt. Eine Vertagung und Beschönigung der fürchterlichen gesundheitlichen Zustände in Deutschland und in Sachsen werden wir als Arbeitervertreter niemals unsere Zustimmung geben. (Stürmische Bravo! bei den Kommunisten.)

Auch der Abgeordnete Liebmann (linke SPD) geht nochmals sehr ins Gewicht mit den Heuchlern der Mehrheit und erteilt ebenfalls seine Ablehnung.

Die Vorlage wird schließlich mit 44 gegen 46 Stimmen angenommen.

Beim Statutkapitel „Steuern“ sagt Genosse Dr. Schminde, mit welchen Methoden das Bürgerium in Deutschland sich wieder zum „Dort der bürgerlichen Ordnung“ Europas gemacht hat. Brutale Erhöhung der Belastungen der breiten Massen und Entlastung der Besten. Die Grund-, Gewerbe- und die Einkommensteuern werden erhöht, die sozialen Ausgaben abgebaut.

Was den Besten geraubt wird, schenkt man den Besten.

Die Industrie erhält zur „Anfurbelung“ ihrer Betriebe Volksmilch, die kleinen Gewerbetreibenden, die Kleinbauern und die Arbeiter brechen fast unter der Steuerlast zusammen.

Die Sozialdemokraten haben auch in diesen Fragen dem Bürgerium Vorlauf geleistet und unentwegt die indirekten Steuern in verschiedenster Gestalt mit verschoben.

Die Erträge der Steuern werden lediglich im Interesse der Großbourgeoisie verwendet. Das zeigt sich gerade in Sachsen besonders deutlich. Es wird ausbezahlt:

- für Polizei 45,2 Millionen,
- für Justiz 34,6 Millionen,
- für Kirche 1,6 Millionen,
- für Wohlfahrt 8,1 Millionen.

Es werden also von den Einnahmen nur 10 Prozent zur Hebung der Volkswirtschaft verwendet, alles übrige dient zum Ausbau des Machtapparates, zur Sicherung der Herrschaft der bürgerlichen Klasse. Dieses Beispiel zeigt deutlich den sächsischen Arbeiter, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, daß es Zeit wird, die Verhältnisse gründlich in ihrem Klasseninteresse zu ändern. (Wohlfahrt: Bravo! bei den Kommunisten.)

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird dem Statutkapitel zugestimmt.

Die Vorlage betr. Einstellungen in den Staatshaushaltplan für die staatlichen landwirtschaftlichen Betriebe und der Rechenschaftsberichte über diese Betriebe gibt den Deutschnationalen Gelegenheit, eine grundsätzliche Attacke gegen die Staatsbetriebe zu erteilen.

In der Begründung unserer Stellungnahme hebt Genosse Lieberherrschender hervor, daß unbedingt scharfe Kritik an den Arbeitsverhältnissen in den staatlichen landwirtschaftlichen Betrieben geübt werden muß, daß man aber auch darauf hinweisen muß, daß es sozialdemokratische Minister, Schwarz, Jellisch und jetzt Müller, waren, die verhindert haben, daß die Staatsbetriebe menschenwürdiger Löhne als die Großrentner zahlen. Jetzt sieht jedoch, daß auch die Ergebnisse der Arbeit der Betriebe denjenigen von Privatbetrieben überlegen sind. Wir werden also dafür eintreten, daß die vorhandenen Schulden abgestoßen werden, damit ermöglichen zu zeigen, was aus einem unbelasteten Betrieb gemacht werden kann und wie weit auch die sozialen Bedürfnisse der Arbeiter und Angestellten im Gegensatz zu denen der Privatbetriebe befriedigt werden können. Es gehört aber dazu eine völlige Umstellung der Leitung, die einer Befreiung der Lage der Staatsbetriebe hindern im Wege steht. Wir werden im Ausschuss in diesem Sinne mitarbeiten.

Die Vorlage wird dem zuständigen Ausschuss überwiesen. Nunmehr folgt die Beratung über die Vorlage, betreffend

Kriegsinvalidenverband für den Bezirk des Oberverwaltungsamtes Leipzig in Leipzig zur Erweiterung des Kreisstrankenhauses in Leipzig.

Die sofortige Schlussberatung wird durch den Widerspruch der Deutschnationalen verhindert. Die Räte quittieren das mit empörten Zurufen. Die Regierung lehnt die Vorlage ab, angeblich verstoßen und die sofortige Erledigung demütigt gestündert. Diese Laune bedarf der Abg. Demasch (l. Soz.) auf und verlangt scheinunglose Erledigung.

Der ständige Arbeitersekretär Voigt schlägt in die Kerbe der Regierung ein. Der Finanzminister bläst in dasselbe Horn. Ihm gefallt sich sofort der Deutschnationale Hofmann zur Seite, der erklärt, unter allen Umständen gegen dieses Darlehen zu stimmen, es ihm darum Genosse Renner zu tun: „Die Kranken können zugrunde gehen!“ antwortet der „hochherzige“ Mann: „Das ist eine Sache für sich!“

Diese empörte Haltung der Bürgerlichen und ihrer Regierung geht Genosse Dr. Schminde:

„Diese Stellungnahme hat gezeigt, wie diese Parteien, die immer von „Volksgemeinschaft“ reden, ihre eigenen Reden ernst nehmen, wenn es gilt, den Armen und Kranken zu helfen. Nichts für die Bedrückten und Elenden, alles aber für die beständige Klasse, das ist der Wahnsinn der „Volksgemeinschaft“. Diese Schamlosigkeit (Vrät. Winkler: „Aha, Dr. Schminde, ich rufe Sie zur Ordnung!“ Renner: „Aber recht hat er!“ Vrät. Winkler: „So rufe auch Sie, Abg. Renner, zur Ordnung!“) zeigt deutlich, daß den Wertigkeiten, Arbeitern, Kleinbauern und Kleinrentnern von ihnen niemals geholfen werden wird, sondern daß sie deren erbitterte Feinde sind und bleiben!“ (Stürmischer Beifall links).

Im Schlusswort verteidigt Abg. Schirch (USPS) die ungläubliche Haltung der Regierung.

Es wird beschlossen, den Antrag ohne Ausschussberatung auf die nächste Tagesordnung mit Berichterstatter und Minderheitsberichterstatter (Schirch und Voigt) zu legen.

Beamtenbesoldungsfragen

Es folgt die Beratung einer Anzahl Anträge und Vorlagen über Beamtenfragen, unter anderen über den Ausgleich von Härten, die sich bei der Aufstellung von verschiedenen Beamten und Lehrern ergeben haben. Auf Angliederung der Besoldung der Altrentner an die der Neupensionäre, über die Einführung der Volkshullehrer in die Besoldungsordnung.

Der Sonderausschuss für Beamtenfragen hat zu dem Härtenausgleichsantrag einen Antrag vorgelegt, in dessen zweitem Absatz die Regierung verpflichtet werden soll, die durch die kleine Besoldungsreform geschaffenen Härten durch vorübergehende Maßnahmen auszugleichen. Diefen mehr als belächelten formulierten Abfahrlässigkeit erklärt die Regierung für völlig undurchführbar und verlangt dessen Ablehnung.

Der Deutschnationale Beutler geht in satirischer Form den Koalitionsparteien an und weist nach, daß diese „Beamtenfreundlichen“ Anträge der USPS und der Demokraten lediglich ungefähliche Äußerungen sind, die für 1927 gelten sollen, und die durch den neuen Landtag nicht umgesetzt werden können. „Deshalb, weil sie ungefahrlich sind“, erklärt Herr Beutler ironisch, „werden die Deutschnationalen für sie stimmen.“

Der Finanzminister nimmt jedoch gemeinsam mit den Deutschnationalen Stellung gegen die Anträge, betont aber, daß die Regierungsparteien ihren Standpunkt ändern müßten, da die Regierung die Durchführung eines solchen Antrages ablehnen müßte wegen der schlechten Finanzlage. (Darauf hat man bei der Reorganisation von Lehrern und Beamten für die Volkshullehrer nichts gehört!)

Es ergibt sich das bezeichnende Bild, daß der Finanzminister der Koalition eine Stütze gegen die gar nicht erst gemeinten Anträge der Koalitionsparteien in der Deutschnationalen „Opposition“ findet. Das Bild des in Sachsen allzu bekannten Spiels mit verteilten Rollen. Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Gade:

Wenn wir den Jammern könnten, dann wären die Beamten die Zufriedensten. Jedemal fast vor den Wahlen entdecken die beamtenteufelnden bürgerlichen Parteien ihre „beamtenfreundlichen“ Herz. Besonders die Deutschnationalen haben sich auf dem Gebiet hervorgetan. Bei der Schaffung der Reichsbesoldungsordnung hat ihr Freund Schlieben hervorragend mitgearbeitet. In den Klagen des Finanzministers über die Finanzlage haben wir zu erklären: Wogen das die Regierung und ihre Parteien heftigsten bei der Bewilligung von Geldern für die Polizei, Justiz und all den überflüssigen Ausgaben, die mit dem Volkswohl nicht das geringste zu tun haben. Aber das bei den Beamten anzubringen, ist geradezu unerhört! Hat denn ein Abgeordneter im Haupte Volk, mit 75,50 Mark nach einem Monat angestrebter Arbeit noch Hause zu gehen, wie das der Beamte in Gruppe 1 machen muß? Oder hält man es für gerecht, wenn ein Beamter der Gruppe 2 der höchsten Altersstufe ganze 119 Mark pro Monat erhält?

Wir verlangen die Ueberführung der Beamten der Gruppen 1 und 2 an die Gruppen 3 und 4.

Unsere Wünsche sind zwar weitgehend, wir beschränken uns aber auf diese minimalen Forderungen, um wenigstens das schreiende Unrecht einzudämmen. Ganz anders steht die Regierung die Finanzvorlage aber an, wenn es sich darum handelt, höhere Beamte in noch höhere Gehaltsgruppen zu versetzen. Diese ganze Vorlage hat den Zweck, eine neue Besoldungsregelung zu umgehen und hinauszuschieben. Das geschieht ungeachtet der Tatsache, daß die Leistung ununterbrochen zunimmt und die Verschuldung der unteren und mittleren Beamten katastrophal wächst. Es ist ja kein Zufall, daß die Selbstmorde bei der Beamtenbesoldung von Monat zu Monat an Zahl wachsen. Hand in Hand damit wächst die Gefahr der Korruption. Das ist die Politik eines Staates und einer Regierung, die die vom Volke geforderte Enttarnung der Fäulnis für Rechtsbruch erklärt! Auch für die Pfleger, Pflegerinnen und Schwestern in den staatlichen Anstalten fordern wir höhere Einstufung, da deren Dienst ganz außerordentliche Leistungen verlangt. Denselben Standpunkt werden wir bei all den anderen Gruppen vertreten, deren Entlastung heute noch einfach menschenunwürdig ist. Eine solche Regelung wäre natürlich einigermassen den Notwendigkeiten entsprechend, die heutige Vorlage aber entspricht diesen Anforderungen nicht im geringsten. Die Kosten für die Ueberführung der gesamten Beamten der Gruppen 1 und 2 sind nicht so hoch, wie diejenigen der einzelnen Beamten der Gruppe 10. Den Beamten selbst aber müssen wir sagen: Erst in gemeinsamer Front der gesamten Arbeitnehmerschaft wird es den deutschen Beamten möglich sein, sich ihre berechtigten Forderungen zu erkämpfen.

Ein leuchtendes Beispiel für das Verbandswesen zwischen Beamten, Volk und Staat sind die Verhältnisse auf beamtenteufelndem Gebiet in der Sonstigkeit.

Aber erst im schärfsten Kampf gemeinsam mit der gesamten Arbeiterschaft gegen die beständige Klasse werden die deutschen Beamten solche Verhältnisse, wie sie die deutsche Beamtenorganisation in Sowjetrußland schuf, schaffen können. Für dieses Ziel werden wir mit den Beamten gemeinsam eintreten. (Wohlfahrt: Beifall bei den Kommunisten.)

Der demokratische Abgeordnete Claus wendet sich gegen seinen eigenen Parteiminister Dr. Dehne in harter Form. (Rufe links: Aha! Wahlagitation!)

Bei den Abstimmungen über die Ausgleichung von „Härten“ bei Beamten der Gruppe 11 wird der Antrag der Regierungskoalition mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag der USPS, den die Regierung für „untragbar“ erklärt, wird mit 44 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

Dagegen kommen die Deutschnationalen, Volksparteier, Demokraten und der „alte Sozialdemokrat“ Claus. Es sind genähert 4500 Abgeordnete abkommandiert worden, so daß eine geschickte Mehrheit für die Regierung vorhanden war.

Der Antrag, die Volkshullehrer in die Gruppen 7, 8 und 9 nach dem Verhältnis 1:2:2 einzustufen, wird gegen Kommunisten und linke Sozialdemokraten abgelehnt.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wird eine Einstufung in dem Verhältnis 2:2:1 beschlossen.

Der kommunistische Antrag auf Entlastung der Gruppen 1 und 2 in 3 und 4 wird dem Besoldungsausschuss überwiesen.

Die Grund- und Gewerbesteuer

Es folgt die Berichtstattung über das Gewerbevergesetz. Mit der Gewerbevergesetz ist die Beratung der Gesetzesvorlage zur Grundsteuer verbunden. Zur Grundsteuer hat die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, der den Ertrag der Realanlagen der Grundsteuer 1925 leitens der Klein- und Mittelbauern des ergebnisreichen Realvermögens fordert.

Genosse Renner weist in der Begründung auf die fürchterliche Notlage der erwerbsfähigen kleinen Landwirte hin, die jetzt noch durch die Hochwasserkatastrophe ungenügend gehindert ist. Genosse Renner beantragt deshalb, den Antrag in sofortige Schlussberatung zu nehmen.

Der Abg. Krüger erklärt nach seinen alten Antrag auf Erhöhung der Grund- und Gewerbevergesetz für erledigt. Die Debatte eröffnet der Finanzminister, der selbst die Ungerechtigkeit der Gewerbevergesetz anzeigt.

Für die kommunistische Partei spricht Genosse Renner: Für uns hängt die Frage der Stellungnahme zu Steuern von der politischen Rechtskonstellation ab. Dieser Regierung, die durch und durch arbeitertunlich ist, bewilligen wir keinen Pfennig an Steuern. (Sehr gut! l. d. Komm.) Wir haben bei den Steuerberatungen genau feststellen können, daß die Mehrheit dieses Landtages teils die minderwertigsten Schichten des Volkes zugunsten einer Entlastung des Volkes.

(Sehr richtig! l. d. Komm.) Wir haben im Stills des Kampfes gegen jede einzelne Belastung zu den Vorlagen Stellung genommen. Bei der Gewerbevergesetz kam es für uns nur darauf an, die Konsumvereine von Besteuerung freizuhalten und die landwirtschaftlichen Betriebe von der Steuer zu befreien. Ebenso treten wir für Erhöhung der Feuersteuern Grenze auf 3000 Mark ein. Die Regierung erklärt das für untragbar und verlangt Festsetzung von 1500 Mark als Höchstgrenze.

Der Ausschuss beschloß 2000 Mark als Grenze. Die Mitwirkung von Ausschüssen bei der Festlegung von Steuern wurde von uns ebenfalls gefordert. Die landwirtschaftlichen Betriebe bis 15 000 Mark sollten steuerfrei bleiben und Betriebe bis 25 000 Mark Wert nur mit 1 vom Tausend belastet werden. Gegen diesen Antrag stimmten im Ausschuss auch die Deutschnationalen Landbauvertreter, die damit ihre „Kleinbauernfürsorge“ demonstrieren. Wir verlangen weiter die Freibehaltung der Feuersteuereinzugsparagrafen, deren Streichung beantragt ist.

Zur Vereinfachung der Konsumvereine von der Grundsteuer haben wir einen Antrag eingebracht, der die Meinung der Mitgliedschaft vertritt. Unsere grundsätzliche Stellungnahme bleibt außer bei unseren Anträgen unverändert.

Nunmehr wird ein Schlussantrag gestellt, dem die linken Sozialdemokraten widersprechen, da ihrem Redner dadurch das Wort abgeschnitten worden ist. Gegen die Stimmen der Kommunisten, linken Sozialdemokraten und Deutschnationalen wird die Debatte geschlossen.

Darauf gibt der Abg. Krüger für die linken Sozialdemokraten die Erklärung ab, daß diese auf Grund des Verhaltens der Regierung ebenfalls mit den Kommunisten beide Vorlagen ablehnen werden. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Nunmehr folgt noch eine persönliche Erklärung eines Deutschnationalen, die in so ferrem Tone vorgetragen wird, daß Genosse Renner meckelt: „Lauter“ rufen nach. Der Präsident Winkler macht in drohendem Tone den Genossen Siemer auf die Folgen einer dauernden Störung aufmerksam. Darauf erfolgt von den kommunistischen Räten der Ruf: „Du willst wohl wieder jemanden hinauswerfen?“

Es folgt noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der die Verträge, das geheime Eintreten der Regierung für die Verjährung der Konsumvereine zu verteidigen.

Nunmehr erfolgen die Abstimmungen.

Während der Abstimmung ruft das Verhalten der demokratischen Fraktion fürchterliches Gelächter hervor.

Finanzminister Dr. Dehne muß seine Schäfchen erst durch Zurufe aufmuntern, nach seinen Wünschen zu stimmen.

Sämtliche kommunistischen und linkssozialdemokratischen Anträge werden mit wechselnder Mehrheit abgelehnt.

Nach der Einzelabstimmung gibt der Deutschnationale Berg eine Erklärung ab, daß die Deutschnationale „Opposition“ für das Gesetz stimmen werde. (Stürmische Zurufe links: „Die wahre Koalition zeigt sich!“)

Der Gesetzesentwurf wird gegen die Kommunisten und linken Sozialdemokraten angenommen.

Der kommunistische Antrag auf Ertrag der Realanlagen der Grundsteuer 1925 für die Klein- und Mittelbauern des Erbes wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

12 Uhr nachts wird die Sitzung geschlossen.

Auf der Mittwoch-Tagesordnung steht die zweite Beratung des kommunistischen Antrages auf Wiederherstellung der Immunität Wüthers.

Der Schwindel entlarvt!

Zu den Behauptungen in unserem gestrigen Artikel „Wie man die Erwerbslosen betrogen wird“ hat die Koalition von den Deutschnationalen bis zu den 23 Jahren schon den Beweis geliefert.

Nachdem der Haushaltsausschuss B des Landtages am 5. Juli vormittags frohlockend auseinanderließ, weil der Genosse Glombiha als Berichterstatter für den kommunistischen Erwerbslosenrat infolge beruflicher Abhaltung 15 Minuten später kam, verließen besonders die Vertreter der 23 dieses Wortkommis als Seite für ihre eigene schmutzige Mäße zu benutzen.

Somit es überhaupt möglich war, ist sie aber noch schmutziger dabei geworden.

In der Sitzung, die der B-Ausschuss an demselben Tage nachmittags abhielt, fand als einziger Punkt die Errichtung eines Waldriedhofes für Dresden auf der Tagesordnung.

Genosse Glombiha beantragte, auch unteren Erwerbslosenrat sofort noch zur Verhandlung zu stellen.

Das wurde von den Vertretern aller Parteien gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt. Der Deutschnationale Dr. Gerdert erklärte höhnisch, der Ausschuss habe sich über ähnliche Anträge schon hundertmal unterhalten und sie abgelehnt, es sei deshalb zwecklos, sich erneut damit zu beschäftigen.

Nunmehr wurde von uns beantragt, diese Erwerbslosenangelegenheit am Mittwoch, den 7. Juli, in der B-Ausschussung zur Beratung zu stellen. Der Vorliegende verlor sich zunächst, die Abstimmung über diesen Antrag überhaupt zu verhindern und ließ sich erst nach energischer Geschäftsordnungsdebatte dazu herbei.

Und siehe da: die Vertreter der 23, von denen angeblich die Abgeordnete Frau Wagner vormittags trotz förmlicher Beschwörungen rechtzeitig zur B-Ausschussung gestellt war, um den Erwerbslosen zu helfen, stimmte mit ihren Parteifreunden, im Verein mit allen Bürgerlichen gegen die Beratung unseres Antrages am Mittwoch. Mit uns stimmten nur die Vertreter der Linken.

Der Versuch, unseren Antrag für die Erwerbslosen nur als Agitationsmaße hinzustellen und die Vertreter der 23 als die wahren Freunde der Erwerbslosen, ist also heute schon als eine neue, neben den vielen Arbeiterbetrieblagen entworfen worden. Sie haben wieder hymnisiert, daß sie gegenüber dem Volk der Erwerbslosen genau so gleichgültig und brutal sind, wie alle anderen bürgerlichen Parteien. Die Erwerbslosen werden diesen Verhältnissen bis zu hundert Jahren!

Arbeiter Sport

Zu den Bundestagen der Arbeiter Sportverbände

In diesem Jahre haben fünf Arbeiter-Sportverbände ihren Bundestag. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hält seine Tagung am 25., 26. und 27. Juli in Hamburg ab. Der Arbeiter-Radsportbund „Solidarität“ wird seinen Bundestag vom 17. bis 20. Juli in Karlsruhe abhalten. Der Arbeiter-Athleten-Bund hat am 1. August seinen Bundestag nach Berlin einberufen. Am 10. August soll die Bundestagung des Arbeiter-Schützenbundes in Erfurt eröffnet werden. Den Reigen eröffnete bereits der deutsche Arbeiter-Schachbund, dessen Ostertagung in Jena einen Sieg des Einheitsgedankens brachte.

Diese Tagungen finden in einer Zeit statt, in der die Reaktion weiter heftig vorrückt, das Unternehmertum rücksichtslos zum Vordringen und Arbeitsverlängerung übergeht und teilweise Werkzeuginhaber und Wertsportvereine gequält werden. In der Unterführung von Unternehmern werden immer mehr das Reservat der sozialistischen Verbände. Die „Deutsche Turnerschaft“ mit ihrer politischen Führung steht dabei an der Spitze. Die deutschen Kampfsportler 1926 in Köln werden unter dem Protektorat Hindenburgs zu einer großen nationalen Kundgebung gemacht werden. In den letzten Monaten hat das Reichswehrministerium die Arbeiter-Sportverbände für politisch erklärt. Die bayerische Regierung und ihre Behörden weitem im Kampf gegen die Arbeiter-Sportvereine und haben bereits für diese Vereine ein Verbot des Rinderturnens erlassen. Die deutsche Regierung begünstigt die bürgerlichen Sportvereine bei allen Gelegenheiten; für sie werden in reichem Maße Gelder zur Verfügung gestellt, während die Arbeiter-Sportvereine nur zu einem Bruchteil Unterstützung erhalten.

Angesichts dieser ersten Situation, wo die kapitalistische Regierung ihren Klassencharakter immer offener und unklarer zum Ausdruck bringt und immer eindeutiger gegen die Arbeiter-Sportvereine Stellung nimmt, gibt es nur einen Ausweg zur Erhaltung und zur Rettung der Arbeiter-Sportbewegung, wie der Arbeiter-Sport überhaupt. Eine breite, mächtige Einheitsfront der Arbeiter-Sportverbände mit dem Massenbewegten revolutionären Proletariat kann allein die politischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiter abwehren.

Gerade in der Zeit der härtesten Reaktion, im Frühjahr 1924, als Gotha in Deutschland triumphierte, die Kommunistische Partei und ihre Presse unterbrachte, haben die Arbeiter-Sportvereine sich unerschrocken dem Kampf gegen die Opposition gestellt und, um der Schlägen der Reaktionisten auszuweichen, die Taktik der Einheitsfront der Arbeiter-Sportbewegung eingeschlagen. In diese Situation fällt auch der Beschluß des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, mit dem Roten Frontkämpferbund und dem Radsportbund seine gemeinsamen Veranstaltungen zu treffen und der fernere auch das kooperative Beitreten zur Internationalen Arbeiterhilfe, zur Roten Hilfe und zur Arbeiter-Wohlfahrt verbot. Die wieder erwachende und mächtig anwachsende Opposition vermochte durchzusetzen, daß dieser Beschluß heute in der Praxis auf halber Fahrt durchbrochen ist. Allerdings verdienen die reformistischen Führer mit dem Reichsbanner gemeinsame Sache zu machen und die Zeitschriften der Arbeiter-Sportverbände stehen noch immer im Dienste der Feindschaft gegen den RFA, die Internationale Arbeiterhilfe und die Rote Hilfe.

In der Schöpfung der internationalen Einheit, der Vereinigung der Arbeiter-Sportinternationalen mit der Roten Sport-Internationalen haben die deutschen Sportführer auf dem Pariser Kongress der I.S.I. mit verhindert, daß die Pariser Tagung zu einer gemeinsamen Verhandlung und Beratung mit der I.S.I. gekommen ist. Räumlich Monate nach dem Pariser Kongress haben die reformistischen Führer der deutschen Arbeiter-Sportverbände nichts getan, um die eigenen Verbände zu reaktivieren. Hunderte von Anträgen liegen bei den Bundesverbänden, die verlangen, daß mit den russischen Arbeiter-Sportvereine gemeinsame Wettbewerbe ausgetragen werden. Keiner der Bundesverbände, mit Ausnahme des Arbeiter-Schachbundes, hat einen ernstlichen Schritt zur Ermöglichung dieser deutsch-russischen Sport-Wettbewerbe unternommen. Auch die, durch die Ausschlußpolitik der reformistischen Führer provozierten Spaltungen im T.S. „Die Naturfreunde“ sind nicht wieder eingetreten. Auch die Einheit bei den Samaritanern ist nicht wieder hergestellt. Der Arbeiter-Radsportbund fordert nicht die Vereinigung mit den nach bestehenden Verbänden des Radsport-Bundes „Freiheit“. Wohl vermochte der Druck der Arbeiter-Sportmassen, daß die Zentral-Kommission im Dezember Einigungsverhandlungen anbot, diese aber scheiterten an dem Willen der reformistischen Leitung der Naturfreunde (Wien), wie auch im Arbeiter-Samaritaner-Bund.

In der mächtigen Volksbewegung für das Volksbegehren hat der Arbeiter-Athleten-Bund, der Arbeiter-Radsportbund und der T.S. „Die Naturfreunde“ keine Miene gemacht, sich gegen die Forderungen auszusprechen und ihre Mitglieder für das Volksbegehren zu mobilisieren. Die Führer dieser Organisationen

haben gerade die effektivsten Förderer der Reichsbannerpolitik in ihren Verbänden. Allein der Arbeiter-Turn- und Sportbund hat durch zwei eigene Komitee keine Mitglieder aufgeföhrt, ihre Unterschrift gegen den Beschluß der Räte zu setzen.

Die Bundestage der Arbeiter-Sportorganisationen haben die Aufgabe, einen weiteren Schritt in der Herstellung der Einheit zu unternehmen, die Herstellung sozialistischer Verbindungen mit der Sammelaktion zu sichern, den feindseligen Beschluß gegen den RFA aufzuheben und der Mitgliedschaft treuhaltend, die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterhilfe und der Roten Hilfe zu unterstützen, ohne dabei mit den Bestimmungen des Sports in Widerspruch zu geraten. Die Tagungen der Arbeiter-Sportverbände müssen ein klares, eindeutiges Bekenntnis dafür ablegen, daß ihre Organisationen den Klassenkampf an der Spitze haben. Die Schaffung einer mächtigen Arbeiter-Sport-Organisation wird die Gewähr geben für einen einheitlichen, erfolgreichen Kampf gegen die bürgerlichen Verbände.

Gegen die Reaktion und den Faschismus, für die rote Klassenfront, für die internationale Einheit der Arbeiter-Sportorganisationen, das müssen die Forderungen der Bundestage der Arbeiter-Sportverbände sein.

Wichtiges Verbot! Die für nächsten Sonntag angedachten Spiele müssen, da das Spielverbot aufgehoben, unter allen Umständen ausgetragen werden.

Fußballabteilung 1926 (Wichtig). Freitag den 9. Juli, 8 Uhr, Gohlhof Leipzig Fußballversammlung. Alle erkrankten Sportler! **Freitag** den 12. Juli, abends 7.30 Uhr wichtige Kundgebung im Sportheim.

Turn- und Sportverein „Freiheit“ Sonnabend, 9. Juli gemeinsame Turnstunde beider Gruppen. — 10. Juli, 8 Uhr Vorturnerkunde. — 11. Juli Volksfest bei Rüdiger.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Freital-Dresden. Allen Turngenossen zur Kenntnis, daß die Frauenabteilung erstmalig am Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr in der Schützenhalle in Albersbach turnt. Infolge des niedrigen Anweilers müssen wir die Halle aufheben und unseren Turnplatz verlassen. Frauen, welche Interesse an Turnen und Sport haben, können sich dorthin anmelden.

Arbeiter-Wandholtschule, Ortsgruppe betr. Freitag, den 9. Juli, findet der Gruppenabend statt. Anfang pünktlich 7.45 Uhr. Lokal: Alter Stadtnordostplatz, Landhausstr. 7.

Kameradschaften Dresden, Winter-Sportaktion. 9. Juli Herbstjahresversammlung Volkshaus 8 Uhr. — Wanderungen am 11. Juli. Spreewaldfahrt. Abf. 2.45 Reuth. Bf. — Tageswanderung. Eine Wanderung mit Sebnitzer Genossen. Abfahrt 4.04 Uhr Bf. (S.R. Sebnitz). — Kinderwanderung. In den Tharandter Wald. Abf. 8.48 Uhr Bf. 8.57 Uhr Blauen nach Tharandt (S.R.). — Nachmittagswanderung Kühnau, Schönfeld, Koenigsdorf. Treffen 2 Uhr Gohlhof Kühnau. — Jugendabteilung. Bloß Ebene. Abfahrt 3.20 Uhr Bf., 3.40 Uhr Reuth. Bf. B. Rüdiger. — Johannstadt. Wanderung mit Reuth. Treffen 7 Uhr Bf. Reuth. — Köhler. Tharandter Wald. Abfahrt 8.48 Uhr Bf. 8.57 Uhr Blauen nach Bf. — Colla, Großschloßer Park. Abf. 12.30 Uhr Bf. (S.R. Pirna). — Photoaktion. Dresden aus der Vogelperspektive. 8 Uhr Rathausplatz. — Fliesenhersteller. Nach der Heide. Abf. 7.15 Uhr Bf. Reuth-Bischof (S.R. Pöhlendorf). — Heideberg-Lokalmotorsport. Gahmteich, Albersbach. Abf. 10. Juli 8.18 nach Ripsdorf. — Bannewitz. Nach Wälder. Treffen 6 Uhr. — Köhlerhof. Treffen

Wichtige Parteiverammlung

Freitag, den 9. Juli, abends 7.30 Uhr im „Königsplatz“, Dresden-Reuth. Spricht der Vorhänger der RFA-Fraktion über: „Fünf Jahre Kampf der Kommunisten im Stadtparlament“. Die Versammlung ist für alle Parteigenossen wichtig. Alle Zellensekretäre und Mitglieder der Ausschüsse für kommunale Fragen haben zu erscheinen. In jeder Zelle ist von der Versammlung Bericht zu geben. An diesem Tage sollen alle übrigen Beratungen aus.

6 Uhr Weihen-Kaff. — Bogdorf. Nach Dönschen. Abfahrt 4.45 Uhr Bf. — Rabenau-Cella. Treffen 1 Uhr Rabenauer Wälder. — Schmiedberg. Familienwanderung 1 Uhr Reuth. — Arbeiter-Radsportverein Dresden. Gruppe „Kühnau“. Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr im Restaurant „Brannschweiger Hof“, Reibiger Platz, Vortrag von Herrn „Kühnauer“: Schaltungen. — Gruppe „Kühnau“. Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Kühnauer Hof“, Vortrag von Herrn Rüdiger: Aus der Praxis des Kampfes. Gäste willkommen.

Veranstaltungskalender

Kommunistische Partei.
Mittwoch, den 7. Juli:
Unsere Bezirksleitung fällt heute aus!

Werberversammlung für die Genossenschaft.
Mittwoch, den 7. Juli, 7.30 Uhr spricht im „Bürgerkaffee“, gr. Saal, Genosse Schröder, Berlin, über das Thema: „Eintritt in die Genossenschaft!“

Kommunistischer Jugendverband.
Donnerstag, den 8. Juli:
Jugendabteilung. Gruppenabend in der Schule an der Aue, Zimmer 2. Große Gerichtsverhandlung (Tscheta-Prozess).
Johannstadt. Abends 7.30 Uhr Treffen im Restaurant „Kühnauer Hof“, Vortrag: „Das Streikverbot“. Vortrag: „Was ist die Arbeit?“

Jugend-Spartakus-Bund.
Mittwoch, den 7. Juli, 7.30 Uhr spricht im „Bürgerkaffee“, gr. Saal, Genosse Schröder, Berlin, über das Thema: „Eintritt in die Genossenschaft!“

Freie Arbeiter-Union.
Mittwoch, den 7. Juli:
Abteilung 2. Versammlung bei Reuth, Köhlerhof. Anfang 7.30 Uhr.

Noter Frontkämpferbund.
10. 9 (Weinstraße). Heute, Mittwoch den 7. Juli U.S. Mitgliederversammlung. Halleische Str. 10.
Donnerstag, den 8. Juli:
Freital. Abends 7.30 Uhr im „Bergkeller“, Westertw. Spielplatz. Instrumente sind nicht mitzubringen. Erscheinen ist Pflicht.

Freie Arbeiter-Union.
Freitag, den 9. Juli:
Johannstadt. Abends 6 Uhr ab Reuthplatz. Werbeanfang. 7.30 Uhr: Öffentliche Versammlung im großen Saal des Volkshauses des Gohlhof Kühnau.

Proletarische Freidenker.
Freidenker Dresden-Reuth. (Neu, Anton- und Oppelstr.). Sonnabend den 10. Juli, abends 8.30 Uhr Treffen Ecke Reuth- und Kamener Straße zur Nachmittagswanderung mit Musik durch unsere Heide. Abmarsch 8 Uhr. Gäste willkommen.

Freie Arbeiter-Union.
Freidenker Meissen. Sonnabend den 10. Juli referiert im Gewerkschaftshaus Genosse Wiedemann, Dresden (RFA) über „Proletarisches Denken im Zeitalter des Imperialismus“. Im Interesse der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Genossen Pflicht. (Siehe Anzeig.)

Arbeiter-Sportvereine. In der Volkshochschule zu Dresden ist ein Kurkurs in Esperanto über „Orientierung mittels der Esperanto“ in Aussicht genommen. Als Leiter des Kurkurs wird Herr Schickler Härtel in Frage kommen. Die Kursdauer beträgt 6-8 Abende und vielleicht drei Abendwanderungen. Der Kursbeitrag dürfte 2 Mark nicht übersteigen. Zur Veranstaltung des Kurkurs ist eine Teilnehmerzahl von 20 bis 40 Personen erforderlich. Interessenten wollen sich bis spätestens den 11. Juni beim Gen. Paul Rüdiger, Tharandter Str. 6, melden.

Arbeiter-Sportvereine. Hiermit zur Kenntnis, daß des Diskussionsabend mit den Leipziger Genossen am Sonntag den 11. Juli nicht in Chemnitz, sondern in Dahleu stattfindet. Die Genossen, welche die Bahn benutzen, fahren ab Dresden Hauptbahnhof 5 Uhr, ab Reuth 5.10 Uhr bis Dahleu. Dort treffen 8.15 Uhr die Leipziger Genossen ein. Es folgt dann eine Wanderung nach dem Colberg. Radsportler melden sich sofort bei Genossen K. Härtel, Dresden-A., Seminarstr. 16. Näheres darauf folgt.

Ämterliche Bekanntmachungen

Freital
Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Freital. Donnerstag, den 8. Juli 1926, abends 7 Uhr im Rathaus. Freital, am 5. Juli 1926.
Der Stadtverordnetenvorsteher.

Die Städtische Bäckerei bleibt vom 12. bis 31. Juli geschlossen.
Rat der Stadt Freital, am 2. Juli 1926.

Wanderungsverlegung.
Vom 5. Juli d. J. ab befindet sich bis auf weiteres das Wohnungsamt in Verwaltungsteile C (Dezernent Stadtrat Scheibner), das Verkehrsamt und die städtische Verwaltungsabteilung in Verwaltungsteile D (Dezernent Stadtrat Baumgarten), das Amt für Verbesserungen mit Ausnahme der Verwaltung des Wanderheimes in Dornsdorf in Verwaltungsteile E (Dezernent Stadtrat Dr. Wolf).
Rat der Stadt Freital, am 2. Juli 1926.

Kluge Eheleute! Alle civil. Bed.-Art. I. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spielapp. R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

Freidenker Meissen
Sonnabend, 10. Juli, im Gewerkschaftshaus
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag „Proletarisches Denken im Zeitalter des Imperialismus“. Ref.: Genosse Wiedemann, Dresden.
2. Kinderfest
3. Verschiedenes
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand

Theater am Wasaplatz
Abend 8 Uhr:
Schwarzwaldmädel
Operette in 3 Akten v. Leon Jessel

Wo kehren wir heute ein?
beim Schmidt Paul
Wo ist der Genosse Paul?
Dresden, Lillengasse 25

Mifa — Urania
u. Spezial-Fahrräder - günst. Bedingungen, billige Preise
Lehmann, Tharandter Str. 72
Hermann Müller, Inh. Kurt Helmmann
Freital-P., Unt. Drossdorfer Str. 88, Tel. 313
Baugewerkschaft „Pfeife“
Kutsch- und Lastfuhrwerk
Stichtoken, bismarckische Brandkassen, Brille, Kala, Holzbohlen, Begehälter.

Tymians Tageloh
Das **Thalla** 8 Uhr
einziges Theater
Volkstheater Dresdens
Vorankarten außer Sonntags gültig

MIFA
das amerikanische
Qualitäts-Fahrrad
empfehlen

Willy Hetzer, Stephanenstraße 46
Achtung!
Lohnender Nebenberdienst
hierbei sich Interessenten durch Übernahme einer Annahmestelle von Schreinerarbeiten, Mögpart, Wohnbedürfnisse, Offizieren einreichen und K. P. 84 an die Exp. dieser Zeitung.

Gemeinschaft prol. Freidenker, Dr. Lohmeyer
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Genossin
Elsa Müller
Reisewitzer Str. 36 I, verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, den 8. Juli 1926, nachm. 2 Uhr, in Volkswitz. Es wird gebeten, sich zahlreich zu beteiligen.
Die Verwaltung.

Ortsgruppe Heidenau denken den Siedlungsbewohnern von Briesnitz, Eigenheim - Siedlung, nochmals für die gute Aufnahme mit einem dreifachen Rot Front!

Emaillieren — Vernickeln
Erstklassige Markenräder
Görlich, Seidel & Neumann, Opel, Duxer & Milt
preiswerte Spezialräder 80 bis 125 M.
günstige Zahlungsbedingungen / solide Preise
Fahmaschinen
Pfeife, Seidel & Neumann, Kayser
in allen Möbelwerkstätten
Eigene Dreherei und Schweißerei
Reparatur-Werkstatt
Fahrad- und Nähmaschinen-Handlung
E. Büttner, Leppersdorf 95
bei Radeberg

Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands

Zum Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, der vom 21. bis 25. Juni in Frankfurt a. M. tagte, wird uns folgendes geschrieben:

Hatte der Leipziger Verbandstag einen gewaltigen Aufbruch nach rechts vollzogen, eindeutig den Weg des Reformismus beschritten und zugleich einen scharfen Kampf gegen links angelegt, so trat die Frankfurter Tagung diese Wege noch breiter aus. Die großen Fragen der Zeit: Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Unternehmerrückgang, Rationalisierung wurden behandelt, wie ein Blümlin „Nähr-mich-nicht-an“. Um so schärfer aber witterte man gegen die Opposition, die angeblich die Organisation hindern, Fortschritte zu machen. Es ist bedauerlich, konstatieren zu müssen, daß im Geschäftsbericht, den der Verband vorlegte, eine halbe Stunde lang eine diese sonstigen Gegenüber die Opposition entwarf wurde. Damit war der Ton angelegt, der den Verbandstag beherrschte. Was Wunder, daß der letzte Diskussionsreder der SPD-Fraktion, Ludwig Pirmaleus, den Reigen mit folgenden Worten schloß:

„Der Kommunismus ist eine Krankheit in der Arbeiterbewegung, haben wir diese überwunden, dann werden wieder bessere Zustände eintreten.“

Das war keine Entgegnung, sondern eine bewusste Reue, die mit lebhaftem Beifall von der Mehrheit des Verbandes angenommen und von Simon sekundiert wurde durch den Zwischenruf: „Ja, Ludwig war in England, der hat etwas gelernt.“

Trotzdem legte die Opposition herausforderte, so solle ausdrücklich über, wurde der Antrag, einem Redner der Opposition eine Stunde Redezeit zu gewähren, von der Mehrheit abgelehnt, und es blieb bei 20 Minuten. Dennoch verpfändete die in Verteidigung gedrungene Opposition den Geschäftsbericht und die Ausführungen der SPD-Redner so gründlich, daß Simon immer wieder einprägen mußte, um den Eindruck dieser Redner abzuwehren. Beifälliges Schweigen bei der Mehrheit und lebhafter Beifall bei der Minderheit begleiteten die Ausführungen des Genossen Mögner, Stuttgart, der im Namen tausender Mitglieder und Funktionäre die Beschimpfungen von Leg zurückwies.

Eines der wichtigsten Probleme, die Frage des Abchlusses des neuen Reichsarbeitsgesetzes, wurde in einer geschlossenen Sitzung behandelt. Obwohl in dieser Frage große Unklarheit herrschte, wurde auch hier ein Kartell abgelehnt, indem die SPD-Delegierten entgegen dem Willen ihrer eigenen Parteigenossen in den Jahrestellen gegen eine notwendige grundsätzliche Ausprägung stimmten. Sie fügten sich dem Zwang eines Fraktionsbeschlusses. Und gerade diese Diskussion zeigte so richtig die Fehler und Mängel der reformistischen Taktik. Nicht die grundsätzliche Frage, das Sichfügen einem Machtpruch des Unternehmertums durch einen Schlußspruch des Reichsarbeitsministeriums wurde aufgerollt, sondern man hatte auf keinen Redner, begangen in einzelnen Jahrestellen, teilweise aus Unwissenheit, teilweise aus Unzweifelhaftigkeit aus Angst, den Arbeitsplan zu verlieren, herum. Auch hier war der Ausdruck des zweiten Vorhänders, Leg, bezeichnend, der erklärte: „Man konnte nicht durch Nichtbeschluss eines Tarifvertrages die Kollegen ihren Schicksal überlassen.“ Als ob bei Nichtbeschluss eines Tarifvertrages die Organisation aufgehört hätte, zu existieren. Die porzellegte Resolution war zu unzulänglich, daß selbst die SPD-Delegierten die Abänderung verlangten und diese noch einmal einer Redaktionskommission zur Umarbeitung überwiesen wurden. Der Erfolg war allerdings minimal, ein paar Sätze wurden geändert, die Tendenz blieb. So war es unmöglich, einmütig die Resolution hinauszuführen. Die Opposition enthielt sich der Stimme und stimmte für die Resolution Mögner, die klar die Situation in der Schuhindustrie beleuchtet.

Eine lange Debatte über die Beratung der Statuten aus. Mit Mühe und Not wurde die wirklich notwendige Beitragserhöhung von 75 Pfennig auf 90 Pfennig beschlossen. Von großer Bedeutung für den Verband war die Haltung des Verbandstages in der Frage der Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen. In Frankfurt und Offenbach wurden allein 14 Ausschüsse wegen Revisionsbildung (Entscheidung Leipziger Verbandstag 16 und 18) zu verzeichnen. Selbst zugegeben, daß diese Ausschüsse nicht begehren haben, so wurde aber doch von der Opposition ein einwandfreies Material erbracht in Bezug auf die Reaktionslosigkeit der SPD, daß man mit Zug und Recht sagen konnte, der Zentralverband wendet die Entscheidung nur gegen links an. Bezeichnend war auch, daß SPD-Delegierte von Offenbach, wenn für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen eintreten. So kam ein Kompromiß zustande, daß die Frage der Wiederaufnahme den einzelnen Jahrestellen überlassen bleibt. Ein Antrag Stuttgart zur Betriebsratsfrage wurde, trotzdem der Beirat zustimmte, nicht angenommen. Die Diskussion darüber wurde nach einer halben Stunde abgemittelt, nicht einmal den Betriebsratsrat ließ man dazu reden. Bei dieser Gelegenheit wurde wiederum versucht, den Kommunisten alle Schuld an dem Versagen der Betriebsratsbewegung in die Schuhe zu schieben. Das wurde einem SPD-Mann doch zu bunt; er erinnerte seine Genossen an ihre eigenen Fehler, verwies auf die Schaffung der Technischen Komitee durch die SPD, und trat entschieden für den Antrag Stuttgart ein.

Wenn man das Fazit dieses Verbandstages vom Standpunkt der Taktik des revolutionären Klassenkampfes aus zieht, so er-

gibt sich immerhin ein einwandfreier positiver Erfolg der Opposition. Auch die prinzipielle Zustimmung Simons zu einer Auslandsreise und zur Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen bedeutet einen Erfolg. Allerdings kommt es darauf an, daß die Mitglieder des Zentralverbandes dafür sorgen, daß diese Zustimmung nicht eine schöne Seite bleibt, sondern auch verwirklicht wird.

Die Mitgliederzahl, die durch die Opposition vertreten war, ist stärker, als es durch die Zahl der Delegierten zum Ausdruck kam. Große Zahlstellen, wie Berlin, Erfurt, Weihenstephan, Dresden, Stuttgart stehen im Widerspruch zur Taktik des Zentralverbandes.

Notwendig ist jetzt intensive Arbeit für den Verband. Aufgabe der Kommunisten ist es, in löstlichen Zahlstellen dafür zu sorgen, daß alle Schuhfabrikarbeiter teillos sich im Zentralverband der Schuhmacher organisieren. Jeder revolutionäre genossene Kollege muß versuchen, als Funktionär innerhalb der Organisation zu wirken und dem Beispiel obengenannter Zahlstellen folgen, damit der Zentralverband der Schuhmacher für den revolutionären Klassenkampf gewonnen wird. Der Frankfurter Verbandstag hat bewiesen, wie notwendig es ist, daß alle Kollegen, die aus dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, mit allen Kräften unermüdet innerhalb des Verbandes arbeiten, um eine revolutionäre Gewerkschaftsstrategie und -taktik durchzuführen.

Was bedeutet die Zwischenlösung des Lohnklassensystems für die Erwerbslosen

Von M. Köhler.

Seit Monaten führen die Unternehmer einen systematischen Kampf gegen die Höhe der Erwerbslosenunterstützung. Die Regierung ist voll und ganz bereit, diesen Forderungen der Unternehmer nachzukommen. Den gebotenen Anlaß sah die Lutherregierung darin, eine neue Form für die Berechnung der Unterhaltungsätze einzuführen. Die am 27. Februar beschlossene Höhe für die Unterhaltung der Erwerbslosen waren bis zum 22. Mai verlängert und mit diesem Tage sollte auf dem Verordnungsweg das neue Unterhaltungsamt, welches die Unterhaltung nach Lohnklassen regelt, in Kraft treten. Die rechtliche Handhabung sah die Regierung in § 10 der Verordnung über die Erwerbslosenunterstützung, in welchem bestimmt wird, daß über die Art, Höhe und Dauer der Unterhaltung der Reichsarbeitsminister nach Benehmen mit dem Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung Anordnungen treffen kann. Die geplante Verordnung selbst stellt eine in gewaltige Proportionalität der Erwerbslosen dar, daß selbst die bürgerlichen Parteien sich gezwungen sahen, für die Verlängerung der jetzigen Unterhaltungsätze einzutreten.

Am 15. Mai hat dann auch der Reichstag beschlossen, die jetzigen Sätze für die Unterhaltung der Erwerbslosen zu verlängern. Damit ist zwar augenblicklich der Vorstoß der Regierung gegen die Erwerbslosen abgewehrt, aber die Gefahr nicht beseitigt. Es muß deshalb die gesamte Arbeiterklasse die zur Verfügung stehende Zeit ausnützen, um alle Kräfte gegen die beschlossene Einführung des Lohnklassensystems zu mobilisieren, um zu verhindern, daß die Erwerbslosen noch weiter in das Elend hinabgedrückt und damit zum Streikbrecher erzogen werden.

Der Vorstoß der Regierung geht noch über das, was bisher über die Stoffierung des Lohnklassensystems bekannt geworden war, hinaus. Das Lohnklassensystem bedeutet einen Abbau der Unterhaltungsätze für die Mehrheit der Erwerbslosen. Betragen nach dem bisher bekanntgewordenen Vorschlag im Arbeitslosenversicherungsgesetz die Einheitslöhne in den einzelnen Lohnklassen 10, 15, 25, 35 und 40 Mark, so sind nach dem Vorschlag der Regierung diese Einheitslöhne auf 12, 15, 21, 27 und 33 Mark herabgesetzt. Betragen die Hauptunterhaltungsätze nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats für die untersten drei Lohnklassen 50 Prozent, und für die beiden höheren 40 Prozent, so sieht der Regierungsvorschlag nur einen allgemeinen Satz von 40 Prozent vor und für Jugendliche unter 18 Jahren selbst nur 35 Prozent. Die Grundunterstützung für einen Erwerbslosen beträgt demnach in der Lohnklasse 1 4,80 M., Lohnklasse 2 6 M., in Lohnklasse 3 8,40 M., Lohnklasse 4 10,80 M., Lohnklasse 5 13,20 M. Die Grundunterstützungsätze nach dem jetzigen Sätzen betragen im Wirtschaftsbereich 1, Ortsklasse A 9,18 M., Wirtschaftsbereich 2, Ortsklasse A 10,68 M., Wirtschaftsbereich 3, Ortsklasse A 11,46 M. Die Höchstunterstützungsätze betragen nach dem Vorschlag der Regierung in Lohnklasse 1 7,80 M., in Lohnklasse 2 9,75 M., in Lohnklasse 3 13,85 M., in Lohnklasse 4 17,55 M., in Lohnklasse 5 21,45 M. Mit Höchstzulagen erhält bei dem heutigen Sätzen der Erwerbslose im Wirtschaftsbereich 1, Ortsklasse A 18,70 M., im Wirtschaftsbereich 2, Ortsklasse A 21,60 M., und im Wirtschaftsbereich 3, Ortsklasse A 24 M.

Daß die Regierung und die Unternehmer jetzt die Einführung des Lohnklassensystems zum allgemeinen Abbau der Erwerbslosenunterstützung benutzen wollen, gibt selbst der „Vorwärts“ in seiner Abendausgabe vom 8. Mai zu, indem er schreibt:

„Das Reichsarbeitsministerium will diese Gelegenheit zu dem heikelsten Abbau der Erwerbslosenunterstützung nutzen. Auf der am 19. und 20. April in Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz wurde die Einführung des Lohnklassensystems nach Vorschlägen gelehrt, weil auch die Länder, wie sich jetzt herausstellt, in dieser Abänderung eine willkommene Gelegenheit zum Abbau der Unterhaltung sehen.“

Das Lohnklassensystem dringt weiter eine Zerstückelung der Erwerbslosen untereinander und bedeutet deshalb eine neue Gefahr für den Kampf der Erwerbslosen um ihre Forderungen. Den qualifizierten Arbeitern soll auf Kosten der unqualifizierten in den einzelnen Orten eine kleine Zulage gewährt werden, die der großen Masse abgezogen wird. In der Begründung wird von der Regierung selbst dieser Zweck zugegeben, indem sie schreibt:

„Sie (die jetzige Unterhaltung, D. Verl.) nimmt keine Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Lage des Erwerbslosen; auch rüden die Unterhaltungsätze in vielen Fällen bereits bedenklich an das bisherige Einkommen heran. Für das einzelne ist auf die Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung zu verweisen. Dort ist näher ausgeführt, daß die Erwerbslosenfürsorge für einen gewissen Arbeiter und Angehörigen nach nicht zwei Lohnklassen ausmacht, während sie für eine ungelernete Arbeiterin den vollen Tagelohn erreichen kann.“

In diesen Sätzen ist der Zweck des Lohnklassensystems klar und scharf herausgehellt.

Diesem Vorstoß konnte sich jedoch die Regierung nur erlauben, weil die Gewerkschaftsführer selbst den Forderungen der Unternehmer nach Differenzierung der Unterhaltungsätze nachstanden und die Forderung nach Einführung des Lohnklassensystems stellten. Wenn jetzt die Reformisten zugeben müssen, daß die Regierung auf diesem Weg einen Unterhaltungsabbau vornehmen will, so offenbaren sie damit nur den Bankrott ihrer Politik. Nur auf Grund des passiven Verhaltens der Reformisten gegenüber den Forderungen der Erwerbslosen und der Rücksicht der Unternehmer konnte die Regierung wagen, diesen Vorstoß zu machen. Das Verderbliche der Politik der Reformisten sollen jetzt die Erwerbslosen mit ihrer weiteren Beteiligung bejahren.

Diese Gefahr wird immer mehr und mehr von den Erwerbslosen und Gewerkschaftsmitgliedern erkannt. Selbst der Reichswirtschaftsrat hat sich gegen die Einführung des Lohnklassensystems ausgesprochen. In einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 10. Mai schreibt er:

„Gegen den Vorschlag der Reichsregierung und der etwa hinter ihr stehenden Landesregierungen wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Die Regierung wird mit der faulen Ausrede kommen, daß ja auch die Spinnengewerkschaften als sogenannte Zwischenlösung eine Abkühlung nach Lohnklassen angeregt hätten. Wenn ich diese, mir erst später bekanntgewordenen „Anregungen“ auch nicht für richtig halte, so muß doch von vornherein und nachdrücklich festgehalten werden, daß die betreffenden Vertreter der Spinnengewerkschaften damit keineswegs eine Abkühlung nach unten im Auge hatten, sondern die Möglichkeit schufen wollten, eine Verbesserung nach oben vorzunehmen.“

Wenn Diktatorn und ihre Freunde diese Ausführung ernst meinen, so müssen sie die Macht ihres Verbandes einsetzen, um die Spinnen des ADGB zu zwingen, von diesem Vorstoß abzulassen und die organisierte Kraft der Arbeiter zum Kampf gegen den Vorstoß der Regierung einzusetzen. Die Erwerbslosen haben die Aufgabe, kein Mittel unversucht zu lassen, um den Druck in den Gewerkschaften auf die Gewerkschaftsleiter zu verstärken, die Reformisten zu zwingen, ihre Sabotage aufzugeben und nicht mehr die Kraft der Gewerkschaften gegen, sondern für die Forderungen der Erwerbslosen einzusetzen.

Die Betriebsräte als die Vertreter der Arbeiterklasse, als die Stützpunkte der Gewerkschaften müssen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, durch die Einleitung ihres Einflusses die Gewerkschaftsführer zu zwingen, ihre Sabotage aufzugeben. Sie haben dafür zu sorgen, daß eine Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden geschaffen wird. Nur im einheitlichen geschlossenen Kampf der Arbeiterklasse kann die Arbeiterklasse die Offenheit der Unternehmer, sowie die Offenheit der Regierung abwehren. Der englische Generalstreik hat den deutschen Arbeitern den Weg gezeigt, den auch die deutsche Arbeiterklasse gehen muß, um gerettet zu sein und den Kampf für die Sicherung ihrer Lebenseristenz führen zu können. In der Einheit und Geschlossenheit liegt die Stärke des Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse, diese Einheit zu verwirklichen und damit den Kampf erfolgreich führen zu helfen, ist die Pflicht eines jeden revolutionären Betriebsrates.

In allen Betrieben müssen die Arbeiter Stellung nehmen zu der Erwerbslosigkeit, dem Vorstoß der Regierung gegen die Erwerbslosen, zur Einführung des Lohnklassensystems und zur Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer und ihren Protest einmütig zum Ausdruck bringen. Nur durch die Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse wird es gelingen, den Vorstoß der Regierung auf die Erwerbslosen abzuwehren und die Einführung des Lohnklassensystems zu verhindern.

Der Vorstoß der Regierung geht noch über das, was bisher über die Stoffierung des Lohnklassensystems bekannt geworden war, hinaus. Das Lohnklassensystem bedeutet einen Abbau der Unterhaltungsätze für die Mehrheit der Erwerbslosen. Betragen nach dem bisher bekanntgewordenen Vorschlag im Arbeitslosenversicherungsgesetz die Einheitslöhne in den einzelnen Lohnklassen 10, 15, 25, 35 und 40 Mark, so sind nach dem Vorschlag der Regierung diese Einheitslöhne auf 12, 15, 21, 27 und 33 Mark herabgesetzt. Betragen die Hauptunterhaltungsätze nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats für die untersten drei Lohnklassen 50 Prozent, und für die beiden höheren 40 Prozent, so sieht der Regierungsvorschlag nur einen allgemeinen Satz von 40 Prozent vor und für Jugendliche unter 18 Jahren selbst nur 35 Prozent. Die Grundunterstützung für einen Erwerbslosen beträgt demnach in der Lohnklasse 1 4,80 M., Lohnklasse 2 6 M., in Lohnklasse 3 8,40 M., Lohnklasse 4 10,80 M., Lohnklasse 5 13,20 M. Die Grundunterstützungsätze nach dem jetzigen Sätzen betragen im Wirtschaftsbereich 1, Ortsklasse A 9,18 M., Wirtschaftsbereich 2, Ortsklasse A 10,68 M., Wirtschaftsbereich 3, Ortsklasse A 11,46 M. Die Höchstunterstützungsätze betragen nach dem Vorschlag der Regierung in Lohnklasse 1 7,80 M., in Lohnklasse 2 9,75 M., in Lohnklasse 3 13,85 M., in Lohnklasse 4 17,55 M., in Lohnklasse 5 21,45 M. Mit Höchstzulagen erhält bei dem heutigen Sätzen der Erwerbslose im Wirtschaftsbereich 1, Ortsklasse A 18,70 M., im Wirtschaftsbereich 2, Ortsklasse A 21,60 M., und im Wirtschaftsbereich 3, Ortsklasse A 24 M.

Daß die Regierung und die Unternehmer jetzt die Einführung des Lohnklassensystems zum allgemeinen Abbau der Erwerbslosenunterstützung benutzen wollen, gibt selbst der „Vorwärts“ in seiner Abendausgabe vom 8. Mai zu, indem er schreibt:

„Das Reichsarbeitsministerium will diese Gelegenheit zu dem heikelsten Abbau der Erwerbslosenunterstützung nutzen. Auf der am 19. und 20. April in Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz wurde die Einführung des Lohnklassensystems nach Vorschlägen gelehrt, weil auch die Länder, wie sich jetzt herausstellt, in dieser Abänderung eine willkommene Gelegenheit zum Abbau der Unterhaltung sehen.“

Das Lohnklassensystem dringt weiter eine Zerstückelung der Erwerbslosen untereinander und bedeutet deshalb eine neue Gefahr für den Kampf der Erwerbslosen um ihre Forderungen. Den qualifizierten Arbeitern soll auf Kosten der unqualifizierten in den einzelnen Orten eine kleine Zulage gewährt werden, die der großen Masse abgezogen wird. In der Begründung wird von der Regierung selbst dieser Zweck zugegeben, indem sie schreibt:

„Sie (die jetzige Unterhaltung, D. Verl.) nimmt keine Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Lage des Erwerbslosen; auch rüden die Unterhaltungsätze in vielen Fällen bereits bedenklich an das bisherige Einkommen heran. Für das einzelne ist auf die Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosenversicherung zu verweisen. Dort ist näher ausgeführt, daß die Erwerbslosenfürsorge für einen gewissen Arbeiter und Angehörigen nach nicht zwei Lohnklassen ausmacht, während sie für eine ungelernete Arbeiterin den vollen Tagelohn erreichen kann.“

In diesen Sätzen ist der Zweck des Lohnklassensystems klar und scharf herausgehellt.

Diesem Vorstoß konnte sich jedoch die Regierung nur erlauben, weil die Gewerkschaftsführer selbst den Forderungen der Unternehmer nach Differenzierung der Unterhaltungsätze nachstanden und die Forderung nach Einführung des Lohnklassensystems stellten. Wenn jetzt die Reformisten zugeben müssen, daß die Regierung auf diesem Weg einen Unterhaltungsabbau vornehmen will, so offenbaren sie damit nur den Bankrott ihrer Politik. Nur auf Grund des passiven Verhaltens der Reformisten gegenüber den Forderungen der Erwerbslosen und der Rücksicht der Unternehmer konnte die Regierung wagen, diesen Vorstoß zu machen. Das Verderbliche der Politik der Reformisten sollen jetzt die Erwerbslosen mit ihrer weiteren Beteiligung bejahren.

Diese Gefahr wird immer mehr und mehr von den Erwerbslosen und Gewerkschaftsmitgliedern erkannt. Selbst der Reichswirtschaftsrat hat sich gegen die Einführung des Lohnklassensystems ausgesprochen. In einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 10. Mai schreibt er:

„Gegen den Vorschlag der Reichsregierung und der etwa hinter ihr stehenden Landesregierungen wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Die Regierung wird mit der faulen Ausrede kommen, daß ja auch die Spinnengewerkschaften als sogenannte Zwischenlösung eine Abkühlung nach Lohnklassen angeregt hätten. Wenn ich diese, mir erst später bekanntgewordenen „Anregungen“ auch nicht für richtig halte, so muß doch von vornherein und nachdrücklich festgehalten werden, daß die betreffenden Vertreter der Spinnengewerkschaften damit keineswegs eine Abkühlung nach unten im Auge hatten, sondern die Möglichkeit schufen wollten, eine Verbesserung nach oben vorzunehmen.“

Wenn Diktatorn und ihre Freunde diese Ausführung ernst meinen, so müssen sie die Macht ihres Verbandes einsetzen, um die Spinnen des ADGB zu zwingen, von diesem Vorstoß abzulassen und die organisierte Kraft der Arbeiter zum Kampf gegen den Vorstoß der Regierung einzusetzen. Die Erwerbslosen haben die Aufgabe, kein Mittel unversucht zu lassen, um den Druck in den Gewerkschaften auf die Gewerkschaftsleiter zu verstärken, die Reformisten zu zwingen, ihre Sabotage aufzugeben und nicht mehr die Kraft der Gewerkschaften gegen, sondern für die Forderungen der Erwerbslosen einzusetzen.

Die Betriebsräte als die Vertreter der Arbeiterklasse, als die Stützpunkte der Gewerkschaften müssen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachten, durch die Einleitung ihres Einflusses die Gewerkschaftsführer zu zwingen, ihre Sabotage aufzugeben. Sie haben dafür zu sorgen, daß eine Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden geschaffen wird. Nur im einheitlichen geschlossenen Kampf der Arbeiterklasse kann die Arbeiterklasse die Offenheit der Unternehmer, sowie die Offenheit der Regierung abwehren. Der englische Generalstreik hat den deutschen Arbeitern den Weg gezeigt, den auch die deutsche Arbeiterklasse gehen muß, um gerettet zu sein und den Kampf für die Sicherung ihrer Lebenseritzung führen zu können. In der Einheit und Geschlossenheit liegt die Stärke des Kampfes für die Interessen der Arbeiterklasse, diese Einheit zu verwirklichen und damit den Kampf erfolgreich führen zu helfen, ist die Pflicht eines jeden revolutionären Betriebsrates.

In allen Betrieben müssen die Arbeiter Stellung nehmen zu der Erwerbslosigkeit, dem Vorstoß der Regierung gegen die Erwerbslosen, zur Einführung des Lohnklassensystems und zur Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer und ihren Protest einmütig zum Ausdruck bringen. Nur durch die Mobilisierung der gesamten Arbeiterklasse wird es gelingen, den Vorstoß der Regierung auf die Erwerbslosen abzuwehren und die Einführung des Lohnklassensystems zu verhindern.

Selbmann's Haferkakao Pfund Grenadierstraße 60 Pl. und Filialen

Der Lockruf des Goldes

Roman von Tad London

(64. Fortsetzung)

Es ist gar kein großer Unterschied, ob man halber Räuber ist, wie die Eisenbahn, die den Weizen des Landmanns zum Markt bringt, oder ganzer Räuber und die Räuber selbst ausraubt, wie ich es tue. Und außerdem ist halbes Räubertum nicht nach meinem Geschmack, das ist mir zu langsam. Dabei gewinnt man nicht schnell genug, finde ich.“

„Aber warum wollen Sie denn gewinnen?“ fragte Dede. „Sie haben doch schon Millionen über Millionen. Sie können nicht in mehr als einem Automobil zugleich fahren und nicht in mehr als einem Bett zugleich schlafen.“

„Das wird in Nummer drei beantwortet.“ sagte er, „und die lautet: Alle Geschöpfe sind so eingerichtet, daß ihr Geschmack verschieden ist. Ein Kaninchen liebt vegetarische Kost. Ein Luchs Fleisch. Enten Schwimmen; Aiden scheuen das Wasser. Ein Mann sammelt Briefmarken und ein anderer Schmetterlinge. Dieser schwärmt für Bildung, jener für seine Jagd, und wieder andere lieben die Jagd auf Großwild. Für den einen sind Rennen das Höchste auf der Welt, für den andern Schachspiel. Sie können nichts für diesen Geschmack. Sie haben ihn einmal, dabei ist nichts zu machen. Ich liebe nun das Spiel. Ich liebe es, hoch und schnell zu spielen. So bin ich nun einmal. Und daher spiele ich.“

„Aber warum können Sie mit all Ihrem Geld nicht etwas Gutes tun?“

Danlicht lachte. „Gutes mit meinem Geld tun! Das wäre ungefähr so, als wollte ich den lieben Gott ins Gesicht schlagen und ihm erzählen, daß er nicht versteht, die Welt zu regieren, die er selbst erschaffen hat, und daß man ihm sehr dankbar sein würde, erschaffen hat, und daß man ihm sehr dankbar sein würde, wenn er ein wenig abtröte und einem eine Chance gebe. Ich liebe nicht nachts in meinem Bett und denke an den lieben Gott,

und ich betrachte die Sache daher etwas anders. Ist es nicht ein komischer Gedanke, herumzulassen, den Leuten mit einer großen Keule den Kopf einzuschlagen, und ihnen ihr Geld abzunehmen bis man genug hat, und dann bereuen und die Köpfe zu fliden, die die anderen Räuber eingeschlagen? Urteilen Sie selbst. So ist es, wenn man mit seinem Geld Gutes tun wollte. Hin und wieder einmal wird ein Räuber, welcherzig und pflegt die Verwundeten. Carnegie zum Beispiel. Er hat den Leuten massenweise die Köpfe eingeschlagen und die Hundstapfen um ein paar hundert Millionen geplündert und gibt es ihnen jetzt teufelweise wieder. Komisch, nicht wahr? Urteilen Sie selbst!“

Er drehte sich eine Zigarette und betrachtete sie halb neugierig, halb lustig. Seine Antworten und sein rücksichtsloses Verallgemeinern, das er in einer harten Schule gelernt hatte, waren verwirrend, und sie führte zu ihrem Ausgangspunkt zurück.

„Ich kann mich nicht mit Ihnen streiten, und das wissen Sie. Wenn eine Frau auch noch so sehr reich ist, so hat der Mann doch eine Art, zu reden, die völlig überzeugend ist, selbst wenn die Frau sicher ist, daß er unrecht hat. Aber es gibt eines: die Schaffensfreude. Kennen Sie es Spiel, wenn Sie wollen, aber mir scheint doch, daß es mehr befriedigen muß, etwas heranzubringen, etwas zu schaffen, als den ganzen lieben Tag die Würfel aus dem Becher rollen zu lassen. Manchmal streige ich selbst Was, wenn ich Bewegung haben will oder fünfzehn Dollar für Kohlen bezahlen soll. Und wenn ihre Haut dann klaut, schimmernd und selbstig ist, dann fühle ich Befriedigung über das, was ich getan habe. So muß es dem Manne gehen, der ein Haus baut oder einen Baum pflanzt. Er kann es vor sich sehen. Er hat es geschaffen. Es ist seiner Hände Arbeit. Und wenn ein Mann Ihres Schlages, Herr Danlicht, kommt und ihm seinen Baum wegnimmt, so bleibt der Baum stehen, und er hat ihn geschaffen. Mit all Ihren Witz können Sie ihm den Baum nicht rauben. Das ist die Schaffensfreude und die ist mehr wert als alle Freude am Spiel. Haben Sie nicht selbst einmal etwas geschaffen — eine Blaskarte am Pfen, ein Kanu, ein Floß, oder sonst etwas?“

Und erinnern Sie sich nicht, wie zufrieden Sie waren, und wie ein schönes Gefühl Sie bei der Arbeit und hinterher hatten?“

Während sie sprach, mußte er an die Zeiten denken, die sie ihm heraufbeschwor. Er sah die verlassene Ebene am Ufer des Klondike, sah die Hütten und Warenhäuser emporkommen, alle die Gebäude, die er errichtet hatte, und die Sägemühlen, die Tag und Nacht mit drei Schichten arbeiteten.

„Ja, zum Donnerwetter, Sie haben recht, Fräulein Malou — in gewisser Weise. Ich habe hunderte von Häusern gebaut, und ich erinnere mich, wie stolz und froh ich war, wenn ich sie entziehen sah. Ich bin jetzt noch stolz darauf, wenn ich daran denke. Und Ophir — diese gottverfluchte Schwelger! Ich schuf das große Ophir daraus. Von Kinskills leitete ich das Wasser achtzig Meilen weit hin. Alle sagten, daß es unmöglich sei; aber ich tat es, und ich tat es ganz allein. Damm und Leitung kosteten mich vier Millionen. Aber dann hätten Sie Ophir sehen sollen — Kraftanlage, elektrisches Licht, Hunderte von Arbeitern, die Tag und Nacht im Gange waren. Ich glaube, ich weiß jetzt ungefähr, was Sie meinen. Ich schuf Ophir und, weiß Gott, das war verdammte schön!“

„Und da gewonnen Sie etwas, das mehr wert war als Geld.“ ermutigte ihn Dede. „Wissen Sie, was ich tun würde, wenn ich soviel Geld hätte, daß ich zum Wettspielen gezwungen wäre? Sehen Sie alle diese nackten Hänge dort im Süden und Westen. Ich würde sie kaufen und mit Kupferplum bespflanzen. Ich würde es nur aus Freude an der Sache tun; gefehlt aber, ich hätte den Spielstapel in mir, so würde ich genau das selbe tun und die Bäume zu Geld machen. Und da komme ich wieder zu dem anderen Punkt. Statt den Kohlenpreis heraufzuzubringen, ohne daß dem Kohlenmarkt auch nur im geringsten mehr zuzuführen, würde ich laufend und aber laufend Klatter Brennholz hervorbringen — aus dem Nichts schaffen. Und jeder, der mit der Fährte übersteht, würde zu den bewunderten Bergen hinausschicken und sich freuen. Wer hat sich darüber gefreut, daß Sie eine Tonne Kohle Wells um vier Dollar vertieren?“

Jetzt war es Danlicht, der eine Weile schweig, während sie auf Antwort wartete.

(Fortsetzung folgt.)

